WLZ

Zeitung des GEW-Kreisverbandes Wiesbaden-Rheingau -Nr.2-September 2016 -34. Jahrgang

GEW

DIE INHALTE DER BILDUNG BESTIMME ICH

UND WENN SIE NICHT GESTORBEN SIND ...

NFTE

GELDLEHRER

BUNDESVERBA DER BANKEN

INITIATIVE NEUE SO MARKTWIRTSCHAF

BERTELSMANN

BUNDESWEHR

... BESTIMMEN SIE NOCH HEUTE!

INHALT

2 *Katja Plazikowsky*: Inklusion - Eine unendliche Geschichte

3 *Christina Gerhardt:* „Wiesbaden-Rheingau“ – der neue Kreisverband der GEW für unsere Region

4 *Manon Tuckfeld*: Politische Bildung jetzt!

5 *René Scheppler*: „Die Schule ist kein Wirtschaftsbetrieb“ - Bildung in der Effizienzfalle?

6 *Christine Dietz:* Schuljahr 2016 - Ein Elternbrief zum „Elternbrief“

7 *Hasan Bilge*: Islamischer Religionsunterricht an den Schulen

8 *Chris Hahn, Caro Hegner, Uta Knigge*: Flüchtlinge und Seiteneinsteiger an den Beruflichen Schulen - Die Mangelwirtschaft des Ministeriums geht weiter!

8 *Christina Gerhardt, Manon Tuckfeld, Michael Zeitz*: Die Konferenz- und Dienstordnung und der „Tag der offenen Tür“

9 *Manon Tuckfeld*: Schön, Sie bei uns zu haben, Graciela Biernat

10 *Joachim Barth*: EBS: Neoliberal verscherbelt - Vom Scheitern einer Ideologie

11 *Franziska Conrad/Wolfgang Geiger*: Nachruf auf Dr. Hartmut Wunderer

12 *Ulrich Wolff*: Hessen - wirklich das Letzte

Der WLZ-Kommentar

INKLUSION - EINE UNENDLICHE GESCHICHTE

Katja Plazikowsky

Zum Thema „Inklusion“ haben GEW-Mitglieder viele Artikel veröffentlicht, Meinungsäußerungen sind wahrhaft zahlreich - deswegen zur Abwechslung etwas Gereimtes, auch um zu verdeutlichen, wie wichtig die Sache ist, um die es geht:

Inklusion
Nimmt uns in unsren Stärken wahr,
Nur Inklusion kommt mit den Unterschieden klar.
Inklusion: Sie nimmt uns mit, lässt keinen stehn,
Inklusion: Lass neuen Wind durch alle Länder wehn!

Die Vielfalt aller Unterschiede ist der Reichtum dieser Welt,
Und statt andre auszugrenzen, werden Stärken jetzt gezählt.
Es ist in andern Ländern doch schon längst Realität
Alle zusammen vom Kindergarten bis hin zur Universität!
Um dies in Deutschland zu erreichen, muss man erst mal vor Gericht
Und trotz viel Mühe, Zeit und Geld ist Inklusion hier nicht
In Sicht.
Die Selbstverständlichkeit, mit andern Menschen umzugehn, fehlt
Bei vielen heute noch, ja, das kann man täglich sehn.
Doch es gibt einen Weg, den können wir gemeinsam gehn, nur müssen wir
Zuerst etwas ganz Simples verstehn:
Inklusion:
Nimmt uns in unsren Stärken wahr ...

So, wie es in dem noch immer aktuellen Lied der Gruppe "blind foundation" positiv beschrieben wird, ist es in Deutschland, auch in Hessen leider noch lange nicht. Seit 30 Jahren gibt es den "Gemeinsamen Unterricht", mittlerweile "Inklusiver Unterricht" genannt. Der "GU" hatte hoffnungsvolle und interessante Entwicklungen in Gang gesetzt, Schulen verändert und Kolleginnen und Kollegen befähigt, in Teams zusammenzuarbeiten, behinderte und nichtbehinderte Kinder zusammen lernen zu lassen. Ich selbst hatte das Glück, dies auch persönlich zu erfahren.

1995 an einer Wiesbadener Hauptschule mit dem "GU" zu beginnen und ihn dort mit Kolleginnen und Kollegen zu etablieren, war rückblickend betrachtet eine der besten Entscheidungen meiner persönlichen beruflichen Laufbahn.

Ob ich dies noch so sagen könnte, würde ich heute in diesem Bereich arbeiten, bezweifle ich stark. Die Entwicklung der Inklusion in Hessen wird nicht nur von mir sehr kritisch gesehen. Viele KollegInnen und Kollegen, die mit voller Überzeugung seit vielen Jahren an Regelschulen inklusiv arbeiten, entscheiden sich dazu, wieder an die Förderschule zurückzugehen – warum? Sicher nicht, weil sie auf einmal von Inklusion nicht mehr überzeugt wären, sondern weil sich die Bedingungen für Inklusiven Unterricht massiv verschlechtert haben: Das resultiert schlicht aus Geringschätzung diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Anliegen gegenüber, aber natürlich auch aus den überall üblichen Sparmaßnahmen und aus falschen schulpolitischen Schwerpunkten.

Für mich ist das auch persönlich eine große Enttäuschung. Ich habe seit Beginn meines Studiums der Sonder- und Heilpädagogik - vor nunmehr über 40 Jahren - das Ziel der Inklusion, ein Schulsystem für alle Kinder, niemals aus den Augen verloren. Schulpolitisch wurden und werden aber nach wie vor Strukturen geschaffen, die für alle Menschen, die etwas davon verstehen, eindeutig die falschen sind. Dass dabei auch noch eine Partei namens "Die Grünen" mitmacht, treibt wirklich alles auf die Spitze.

In Hessen wird der „Inklusive Unterricht“ inhaltlich und organisatorisch über die BFZ (Beratungs- und Förderzentren) geregelt. Diese BFZ sind Förderschulen, die auch weiterhin als Schulen erhalten bleiben sollen, Hessen hält also ein zweigleisiges System vor. Das ist nicht im Sinne einer inklusiven Entwicklung im Sinne

IMPRESSUM:

WLZ, **Herausgeber** ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden-Rheingau; Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, **EMail:** info@gew-wiesbaden.de; www.gew-wiesbaden.de; **Redaktion**: Arnold Spellerberg, Thomas Eilers, **Fotos**: Heinrich Schuld; **Druck**: wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus, Werkstätten für behinderte Menschen, Tel. 0611/1749-312; **Auflage**: 1600. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion oder des Kreisvorstandes Wiesbaden-Rheingau der GEW wieder.

der UN-Behindertenrechtskonvention. Hierzu schreibt der Jurist Wrase am 23.8.2016 in einem Artikel in der Zeitung „Der Tagesspiegel“: „Die Berufung auf ein angebliches 'Elternwahlrecht' zwischen inklusiver und gesonderter Beschulung“ ist mit der UN-Behindertenrechtskonvention „unvereinbar“. Die Bundesländer sind durch die 2009 von Deutschland unterzeichnete Übereinkunft vielmehr dazu verpflichtet, „ein hochwertiges inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. An einer schrittweisen Auflösung der Förderschulen führe kein Weg vorbei.“

In Hessen kommt erschwerend hinzu, dass inklusiv arbeitende Förderschullehrkräfte häufig nicht mehr fest einer Klasse zugeordnet sind, sondern wesentlich mehr Kinder zu betreuen haben und zwischen Klassen oder sogar unterschiedlichen Schulen "wandern" müssen. Und da sie einem BFZ zugeordnet sind, sind sie auch nicht mehr Teil des Regelschulkollegiums. Multiprofessionelle Teams an einer Schule gibt es nicht mehr. Die Folge ist der Rückzug von engagierten und erfahrenen Menschen, statt dessen arbeiten inzwischen viele junge, aber auch fachfremde Kolleginnen und Kollegen in Inklusiven Klassen.

Neue Strukturen werden zurzeit auch wieder geschaffen - „Inklusive Schulbündnisse“ (ISB) als Kooperation verschiedener BFZ, allgemeiner Schulen und Förderschulen. Das klingt ja gut, bedeutet aber nach wie vor nicht, dass jede Schule inklusiv arbeitet. Schwerpunktschulen sind möglich und vorgesehen. Eine „exzellente Art und Weise“ (Kultusminister Lorz), die Behindertenrechtskonvention in Hessen umzusetzen, sieht nicht nur meiner Meinung nach anders aus.

So erfahren wir aus Roßdorf/Hessen von betroffenen Eltern: „Im Schnitt haben etwa 20 Kinder an der Rehbergschule in Roßdorf einen Inklusionsbedarf oder werden im Rahmen sogenannter Vorbeugender Maßnahmen gefördert. Zum Schuljahresbeginn wurde die Zahl der Förderstunden von zuletzt 28 Stunden auf 36 Stunden erhöht, rechnerisch dennoch nicht einmal zwei Stunden pro Woche und Kind.“

Und diese Entwicklung gibt es nicht nur in Hessen - in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 25.8.2016 lesen wir über die „Inklusion“ in Nordrhein- Westfalen: „Die Schulen seien weder personell, sächlich noch räumlich auf die Inklusion vorbereitet ... Für die personelle Ausstattung vergaben die 501 befragten Pädagogen die Durchschnittsnote 'mangelhaft'. So gut wie alle Lehrer (94 Prozent) sind der Überzeugung, dass es in Inklusionsklassen eine Doppelbesetzung aus Lehrer und Sonderpädagoge geben muss. Aber 61 Prozent der Lehrer geben an, dass Inklusionsklassen für gewöhnlich nur von einem Pädagogen unterrichtet werden, 85 Prozent der Inklusionslehrer berichten, dass sich die Größe ihrer Klasse trotz gesteigerten Förderbedarfs nicht verringert hat. Mehr als die Hälfte der Befragten versichert, dass die inklusiv unterrichtenden Lehrkräfte an ihrer Schule über keine sonderpädagogischen Kenntnisse verfügen .... die Landesregierung sei dabei, die Inklusion 'vor die Wand zu fahren'." Dem ist nichts hinzuzufügen. Solche Beispiele finden wir bundesweit. In Hessen erfahren wir es täglich und konkret.

Es bleibt dabei: Von einer Inklusion im Sinne der UN-Konvention sind wir noch weit entfernt!

„WIESBADEN-RHEINGAU“

DER NEUE KREISVERBAND DER GEW FÜR UNSERE REGION

Christina Gerhardt

„Wir freuen uns sehr über den neuen Kreisverband Wiesbaden-Rheingau der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Das bedeutet eine Stärkung der GEW-Arbeit nicht nur im Rheingau, sondern auch in Wiesbaden.“ So kommentierte Christine Dietz, Mitglied des Vorsitzendenteams, den neu gebildeten Kreisverband, der am 2. Juni 2016 in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der beiden „alten“ Kreisverbände aus der Taufe gehoben worden ist.

Die Mitglieder der beiden ehemaligen GEW-Kreisverbände Rheingau und Wiesbaden haben nicht nur die Vereinigung perfekt gemacht. Zugleich beschlossen sie die neue Satzung des „GEW-Kreisverbands Wiesbaden-Rheingau“ und wählten einen ersten gemeinsamen Kreisvorstand. Delegierte für die Bezirks- und Landesdelegiertenversammlung mussten ebenfalls neu gewählt werden. Der Vorstand Wiesbaden-Rheingau hat sich wenig später konstituiert. In der ersten Sitzung wurde ein erweitertes Vorsitzendenteam gewählt. Ihm gehören Christine Dietz, Victoria Gulitz,

Christina Gerhardt, Manon Tuckfeld und Michael Zeitz an. „Wir hoffen, die Interessen unserer Mitglieder im Rheingau und in Wiesbaden künftig noch wirkungsvoller vertreten und deutliche bildungspolitische GEW-Akzente in der Region setzen zu können“, erklärte Christine Dietz nach der ersten Sitzung des GEW-Vorstands Wiesbaden-Rheingau.

Und nicht nur der Kreisverband wurde „erneuert“, sondern auch unsere Homepage, die wie immer unter www.gew-wiesbaden.de zu erreichen ist. Wir versuchen dort alle wichtigen Termine und bildungspolitischen Themen aus Stadt, Region, Land und manchmal bundesweit zu veröffentlichen.

Ihr könnt den Kreisverband am besten erreichen unter:
info@gew-wiesbaden.de

Die Geschäftsstelle ist auch per Post erreichbar:
GEW Wiesbaden-Rheingau, Gneisenaustr. 22, 65195 Wiesbaden.

Telefonanrufe sind derzeit nicht möglich.

Die Mitglieder des Vorsitzendenteams könnt ihr am besten über E-Mail erreichen:

Christine Dietz: c.dietz@gew-wiesbaden.de (Grund- und Förderschulen, LiV, Pressearbeit)

Victoria Gulitz: v.gulitz@gew-wiesbaden.de (Gymnasien, Vertreterin für den Rheingau, Beratung für schwerbehinderte Kolleginnen und Kollegen)

Christina Gerhardt: chr.gerhardt@gew-wiesbaden.de (Förderschulen, Tarifbeschäftigte, Rechtsberatung, Pensionsberechnung)

Manon Tuckfeld: m.tuckfeld@gew-wiesbaden.de (Gymnasien, Rechtsberatung, Pressearbeit)

Michael Zeitz: m.zeitz@gew-wiesbaden.de (Gymnasien, zusammen mit Annette Franz Gesamtpersonalratsvorsitz)

POLITISCHE BILDUNG JETZT!

Manon Tuckfeld

Das Hessische Schulgesetz formuliert den Anspruch, dass Schule die Schülerinnen und Schüler befähigen soll, „staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen“ (Artikel 2, Absatz 2, Nr. 2). Doch diesem Anspruch wird schon lange nicht mehr Rechnung getragen. Im Gegenteil: Die „Politische Bildung“ wird abgeschmolzen. Sie verschwindet hinter Erkunde und Geschichte (vgl. Lehrpläne Sekundarstufe I, hinter Geschichte in Sekundarstufe II) sie wird gekapert von Lobbyisten und Bundeswehr und Hessen verzichtet darauf, sie bis zum Abitur zu führen.

Eine aktuelle parlamentarische Anfrage im Hessischen Landtag (Drucksache 19/2933) zeigt zudem, dass im Fach „Politik und Wirtschaft“ ein erheblicher Teil des Unterrichts von fachfremd unterrichtenden Lehrkräften durchgeführt wird. Auf eine Anfrage der „Frankfurter Allgemeinen“ erklärte das Kultusministerium, daraus keinen Handlungsbedarf abzuleiten (FAZ, 4.5.2016). Warum auch: Zeitung lesen kann doch jeder, palavern auch, bei Pisa hilft uns das Fach „Politische Bildung‘“ nicht weiter, die Lobbyisten hätten nicht so leichtes Spiel …

Wären da nicht die Politikverdrossenheit, der leichte Durchmarsch rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien bei Wahlen und in der Wählergunst und der unangenehme Eindruck, dass da etwas im Argen ist. Die 80 Teilnehmenden der Fachtagung „Wann, wenn nicht jetzt? Politische Bildung in den Schulen in Hessen“ der GEW Hessen am 7. September 2016 in Frankfurt am Main verständigten sich auf die ersten wichtigen Schritte, das Fach zu stärken und fordern:

- Aufstockung der Stunden des Faches Politik und Wirtschaft in den Stundentafeln
- gezielte und vermehrte Einstellung und Einsatz von ausgebildeten ‚Politik und Wirtschaft‘-Lehrkräften
- Professionalisierung des Politikunterrichts durch umfassende und finanziell gut ausgestattete Fort- und Weiterbildung
- Nachqualifizierung zum Erwerb des Lehramts durch Weiterbildung
- verbindliche Fortführung des Faches Politik und Wirtschaft bis zum Abitur
- curriculare Verankerung des Politikunterrichts für alle Schulformen innerhalb der berufsbildenden Schulen
- konzeptionelles Nachdenken über fächerverbindenden Unterricht im Rahmen politischer und historischer Bildung
- eine demokratische Schule, in der Politik und Demokratie nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt wird. Das heißt insbesondere: Stärkung der Rechte der SchülerInnen-Vertretung und der Gesamtkonferenzen
- die Verankerung der Themenfelder „betriebliche Interessenvertretung, Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte“ in den Fächern der politischen Bildung.

Ferner erklärten die Versammelten: „Nach Oskar Negt ist die Demokratie die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Einem autoritären und populistischen Politikverständnis kann nur mit einer lebendigen und vor Ort gelebten Demokratie entgegengetreten werden. Dazu bedarf es aktiver Auseinandersetzung mit Politik, der Erfahrung von Wirkungsmächtigkeit, eigener Urteilsfähigkeit, Reflexion und Selbstständigkeit.“

SCHULE IST KEIN WIRTSCHAFTS-BETRIEB:

BILDUNG IN DER EFFIZIENZFALLE?

Rene' Scheppler

Die GEW-Hessen hat eine Vortragsreihe in schriftlicher Form zugänglich gemacht: „Die Schule ist kein Wirtschaftsbetrieb". Die Vorträge stehen in einer nun längeren Tradition von Initiativen gegen die „Ökonomisierung des Bildungswesens", die von unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der hessischen GEW angestoßen und organisiert worden sind. So fand bereits im Wintersemester 2012/13 an der Universität Marburg eine Vortragsreihe unter dem Titel „Ökonomisierung oder Demokratisierung?" statt. Der „Marburger Bildungsaufruf" forderte eine Umorientierung des Bildungswesens, weg von der gegenwärtig herrschenden ökonomischen Dominanz, hin zum Wohl aller an Bildung beteiligten Menschen.

Unsere Frankfurter Initiative hat seit 2013/14 die Strategien und Maßnahmen zur „Ökonomisierung & Entdemokratisierung des Bildungswesens" aufgezeigt und angeprangert sowie die hauptsächlich angewandten Methoden, die Durchsetzung von Bildungsstandards und Kompetenzorientierung beispielsweise, kritisch analysiert. Da diese fatale Bildungspolitik ungebremst fortgesetzt wird, haben wir im Wintersemester 2015/16 mit einer weiteren Veranstaltungsreihe diese Themen wieder aufgegriffen, erweitert und vertieft.

Die in unserer Veranstaltungsreihe besprochenen Themen machen die Ziele der OECD in Richtung „Ökonomisierung der Bildung" transparent und enthüllen die Absichten und Strategien der Bildungsmacher. Die Bandbreite der Fragen in den sich anschließenden Diskussionsrunden zeigte deutlich den Wunsch nach weiterer Aufklärung und Information sowie das Interesse, Möglichkeiten politischen Handelns zu diskutieren.

Viele Kolleginnen und Kollegen engagieren sich in Steuergruppen oder in der Arbeit an Schulprogrammen und geben ihr Bestes, um den Ansprüchen von gutem und modernem Unterricht sowie gelungener Inklusion gerecht zu werden, oftmals jedoch ohne das befriedigende Gefühl, dabei erfolgreich sein und allen Beteiligten gerecht werden zu können. Dieser ständigen inszenierten Überforderung liegen taktisch ausgeklügelte Strategien zu Grunde, die von oben nach unten systematisch und Schritt für Schritt umgesetzt werden. Der Verunsicherung durch den „PISA-Schock" folgte eine verordnete Vereinzelung, indem pädagogische Beziehungen beispielsweise durch Methodentraining verhindert werden sollen, um Menschen im weitesten Sinne steuerbar zu machen. Auch die vorsätzliche Abkehr von bisherigen Bildungszielen, wie der intensiven Beschäftigung mit Fachthemen zu Gunsten inhaltsleerer und outputorientierter Kompetenzen, dient wohl einem ähnlichen Zweck.

Die Mechanismen der indirekten Steuerung, die in der Wirtschaft schon seit Jahrzehnten üblich sind, werden ganz bewusst in der Schule eingesetzt, um den Abbau von echter Mitbestimmung und Solidarität zu verstärken. So zielt die Etablierung von Selbstständigen Schulen auf eine Verbetrieblichung schulischer Strukturen nach ökonomischen Bedingungen. Durch die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse (Beamte, Angestellte, pädagogische Hilfskräfte) sowie die veränderte Interpretation des Berufsbildes wird die Lehrerschaft gespalten. Mittels eines neuen Projekts zur Qualifizierung sollen Schulleitungen zukünftig verstärkt dazu angehalten werden, von oben nach unten die verordneten Maßnahmen durchzusetzen und für deren Einhaltung zu sorgen.

Auf diese Weise werden Kolleginnen und Kollegen ebenso wie die ihnen anvertraute Schülerschaft mehr und mehr dem neuen Erziehungsideal unterworfen, nämlich der Anpassung an das immer autoritärere System. Die Ökonomisierung und Entdemokratisierung des Bildungswesens und damit die der gesamten Gesellschaft schreitet weiter voran, ungeachtet aller berechtigten Proteste. Daraus ergeben sich für unsere Arbeitsgruppe neue Themen und Arbeitsaufträge, denen wir uns auch in Zukunft stellen wollen. Über weitere Interessierte bei unseren meist monatlichen Diskussions-, Planungs- und Vorbereitungstreffen würden wir uns sehr freuen.

Verfügbarkeit und Kontakt:

- *Marburger Bildungsaufruf: http://www.gew-hessen.de/aktuell/themen/oekonomisierung-der-bildung-marburger-bildungsaufruf/*
- *Schule ist kein Wirtschaftsbetrieb: http://www.gew-hessen.de/aktuell/themen/arbeitsgruppe-gegen-die-oekonomisierung-der-bildung/*
- *Wiesbadener Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft: r.scheppler@gew-wiesbaden.de*

Anmerkung: Nach Auffassung der Redaktion ist die „Ökonomisierung der Bildung, die „Verbetrieb(swirtschaft)lichung" der Schulen DAS zentrale Konfliktfeld, auf dem entschieden wird, ob Bildung in Zukunft mehr sein soll, als unkritische Anpassung an die bestehenden Verhältnisse und Zurichtung von Kindern und Jugendlichen für die Verhältnisse eines neoliberalen Arbeitsmarktes. Wir bitten daher um Stellungnahmen und Beiträge zum Artikel unseres Kollegen Rene' Scheppler. Kontakt: r.scheppler@gew-wiesbaden.de (as/Red.)

SCHULJAHR 2016/17 – EIN ELTERNBRIEF ZUM „ELTERNBRIEF“

Christine Dietz

Wie immer prompt und zuverlässig haben wir alle den Elternbrief des Kultusministers in unseren Fächern gefunden. Nach Auffassung des GEW-Kreisverbandes Wiesbaden-Rheingau hätte dieser Brief eher doch so lauten können:

Sehr geehrte Eltern, liebe Schulgemeinden,

„Hoffentlich konnten Sie mit Ihren Familien in den Sommerferien neue Energie tanken[1]“, denn die werden Sie, Ihre Kinder und die Lehrerkollegien brauchen.

Denn trotz des „Lehrerstellensegens“ von 1.100 weiteren Stellen ist die Grundunterrichtsversorgung um 1,1%[2] zurückgegangen, die Zahl der Lernenden jedoch nur um 0,7%. Die Stellenkürzungen an den Grundschulen bei der Berechnung der Förderstunden bleiben erhalten und jene an den gymnasialen Oberstufen wurden nur teilweise zurückgenommen. Aber die demografische Rendite bleibt im Schulsystem – wer möchte seine Überzeugung schon durch Tatsachen erschüttern lassen?

Besonders den neu eingeschulten Kindern wünsche ich einen besonders schönen Schulstart. Genießt ein einziges wertvolles Jahr ohne Notendruck, Vergleichsarbeiten und das Wort „Gymnasialempfehlung“ im Grundwortschatz! Und damit die Schulzeit möglichst lange harmonisch verläuft, fragt doch bitte nicht, ob eure Lehrerin ihren Beruf auch wirklich gelernt hat oder ob sie in den Ferien nicht bezahlt wurde, obwohl sie alles für euch vorbereitet hat. Fragt bitte auch nicht, ob man eure Schule mal reparieren kann oder ob man da krank werden kann (z. B. durch Schadstoffe, Nachhallzeiten usw.). Die Antwort auf alle diese Fragen hätte mit zu großen Zahlen zu tun - Zahlen mit Eurozeichen hintendran – das würdet ihr einfach nicht verstehen.

Schauen wir lieber auf die Entwicklungen der hessischen Schulpolitik.

Weiterer Ausbau der Ganztagsangebote

Natürlich ist der erste Grund hierfür nicht pädagogischer, sondern wirtschaftlicher Natur: „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Und der zweite Grund, nämlich „… die Erweiterung der Möglichkeiten zur Förderung unserer Schülerinnen und Schüler“, lässt sich auch nur in wirtschaftspolitischer Lesart verstehen, da nicht etwa echte Ganztagsschulen stark ausgebaut werden, welche die kostenfreie Teilnahme aller Schülerinnen und Schüler an *Bildungs*angeboten ermöglichen, sondern eine kostenpflichtige (!) Betreuung durch externe Dienstleister, Elternvereine bzw. die Kommune – genannt „Pakt für den Nachmittag“. Da kann es monatlich schnell zu Beträgen von über 200 Euro kommen.

Schulische Integration von Flüchtlingen – Sprache als Schlüssel zum Erfolg

„Kaum ein Thema hat uns im letzten Schuljahr so stark bewegt, wie die Frage nach der bestmöglichen Aufnahme, Versorgung und Integration der nach Hessen geflüchteten Menschen.“

In den Erstaufnahmeeinrichtungen wird bis heute das Menschenrecht auf Bildung nicht systematisch verwirklicht – Menschenrecht erlangt man erst nach Zuordnung zu einer Kommune.

Auf Druck der GEW, anderer Lehrerverbände und sogar der Bildungsverwaltung hin haben wir neue Lehrerstellen geschaffen. Dass dies ohne Stellenumlenkungen geschehen sei – wie ich es gerne behaupte – stimmt so nicht ganz, z. B. sind die Stundentafeln der Deutschintensivklassen von 28 auf 22 Stunden gekürzt worden, die Kursgröße wurde dafür von max. 12 auf max. 18 Teilnehmende erhöht. „Ich bin der festen Überzeugung, dass das Erlernen der deutschen Sprache der Schlüssel zur erfolgreichen Integration ist.“

Inklusive Schulbündnisse (ISB)

Zu den ISB sind die Informationen seit Beginn des Jahres bewusst schwammig gehalten, sonst könnte es womöglich noch Protest geben.

Also in den nächsten drei Jahren soll vor Ort gemeinsam entschieden werden, wo der beste Förderort für einen Schüler oder eine Schülerin sein soll – was ist daran neu? Die „250 zusätzlichen Stellen“? So zusätzlich sind die gar nicht: Das HKM zieht sich einfach weiter aus der Verantwortung, indem die von ihm extra zugewiesenen 4,9 Stunden für intensive inklusive Beschulung wegfallen bzw. dadurch rund 65 Stellen in die 250 „zusätzlichen“ Stellen umgelenkt werden. Neu ist auch: Die Stellen für Förderschulen und Inklusion sind nun zusammengefasst und gedeckelt. Hat jemand Anspruch auf sonderpädagogische Förderung, ist die personelle Ressource nun auch an den Förderschulen begrenzt – weiterhin ein Menschenrecht unter Ressourcenvorbehalt.

1 Hessisches Kultusministerium (HKM): Elternbrief zum Schuljahr 2016/17. Weitere Zitate beziehen sich auch auf diese Quelle, falls nicht alternativ angegeben. https://kultusministerium.hessen.de/eltern/elternhaus-und-schule/elternbrief

2 Zahlen aus Berechnung der GEW Hessen, erster Vertrauensleuteversand Schuljahr 2016/17.

Qualifizierungsmodell für künftige Schulleitungen und Fortbildungsangebote für unsere Lehrkräfte

Das HKM möchte künftige Schulleitungen durch ein neues Qualifizierungsmodell „unterstützen". Es entspricht nicht mehr dem ursprünglichen Sinn des Hessischen Schulgesetzes, wonach der Schulleiter oder die Schulleiterin *primus inter pares* zu sein hat, sondern propagiert im Managerneusprech straffe Hierarchie a la *Führen und Folgen*[3]. Und wie praktisch: Kritisch denkende, selbstständig handelnde, an einer solidarischen demokratischen Schulkultur interessierte BewerberInnen können gleich als ungeeignet aussortiert werden.

Gespannt schauen wir auf das neue „Fortbildungs- und Beratungskonzept für Lehrkräfte" an der Lehrkräfteakademie. Folgerichtig müsste ein Schwerpunkt nun das Prinzip „Wie folge ich richtig?" sein.

Ehrenamt und Elternarbeit

Sehr geehrte Eltern, weil wir einen schlanken Staat, Deprofessionalisierung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse an unseren Schulen anstreben, benötigen wir Ihre Unterstützung wie nie zuvor! Der Pakt für den Nachmittag wäre ohne Eltern- und Fördervereine nicht vorstellbar. Vielleicht streben Sie auch einen Vertretungsvertrag an? Der Stellenmangel im Grund- und Förderschulbereich eröffnet viele Möglichkeiten … Weil wir trotz einer Vielzahl von Überlastungsanzeigen nicht gewillt sind, die Arbeitsbedingungen merklich zu verbessern – wir lesen die Anzeigen übrigens auch nicht mehr[4] – ergibt sich ein attraktiver Zukunftsmarkt.

Herzliche Grüße
Ihr Kultusminister

Für die GEW Wiesbaden-Rheingau ergibt sich aus diesem Elternbrief folgender Denkzettel:

- Weg vom „linke-Tasche-rechte-Tasche-Prinzip" mit dem Etikett „zusätzliche" Stellen, das glaubt sowieso niemand mehr!
- Rücknahme der Stundenkürzung und Kursgrößenerhöhung für Deutschintensivklassen!
- Inklusion in multiprofessionellen Teams ohne Ressourcenvorbehalt!
- Eine demokratische Schule!
- Mehr Aus- und Weiterbildung, Vertretungen durch ausgebildetes Personal ersetzen!

3 Diesen Seminartitel gab es bis 2014 an der „Führungsakademie". Auf breiten GEW-Protest wurde der Titel geändert.
4 Vgl. Landtagsdrucksache 19-3432

ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT AN DEN SCHULEN

Hasan Bilge

DITIB und **Ahmadiyyagemeinde** sind Partner des Landes Hessens.

Die bisherige Praxis in Hessen war, dass Lehrer sich zu den Religionszielen von DITIB und Ahmadiyyagemeinde bekennen und sie von diesen Organisationen ausgewählt werden.

In Wiesbaden kommen ca. 2.336 Muslime zu den Freitagsgebeten. Es sind 10 Moscheen eingetragen.

DITIB-Wiesbaden würde ich als islamisch-nationalistisch bezeichnen, während ich die Süleymaniye Moschee als etwas gemäßigter als DITIB ansehe. Der Ahmadiyyagemeinde werden immer wieder Menschenhandel und dubiöse Geschäftspraktiken vorgeworfen.

Solange in Deutschlands Schulen Religionsunterricht angeboten wird, plädiere auch ich für den islamischen Religionsunterricht. Wenn man indes die Moscheenlandschaft in Wiesbaden berücksichtigte, würde man diese Kooperationspartnerschaften in Frage stellen. Es müssen in den Stadtteilen Kontakte zu den einzelnen Moscheen hergestellt werden, es ist eine enge Zusammenarbeit in Bezug auf Integration erforderlich.

Das Land Hessen muss für die LehrerInnenausbildung für den islamischen Religionsunterrichts sorgen. Die Schulaufsicht muss gewährleistet sein. Sunnitischer und Alewitischer sowie Schiitischer Islam sollten generell berücksichtigt werden, so wie es ja auch katholischen und evangelischen Religionsunterricht gibt. Weiterhin, zeigt sich am Beispiel Ahmadiyyageminde, dass der von dieser Gemeinde angebotene Religionsunterricht wenig Zuspruch erhält. Vielleicht müsste man da andere Kriterien formulieren, wie ja auch beim herkunftssprachlichen Unterricht Angehörige unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, etwa türkischer oder marokkanischer Herkunft, als LehrerInnen eingesetzt werden.

Ein weiteres Problemfeld ist der Umgang mit und der Respekt gegenüber anderen, die nicht islamisch sind. Hierzu einige Beispiele: Bereits schon das Wort „Gott" auszusprechen, bedeutet für die Religionsgelehrten in den Moscheen Deutschlands Sünde, es dürfe nur Allah gesagt werden. Das Essen von Schweinefleisch würde zu Homosexualität führen. Vor 20 Jahren war der gemeinsame Schwimmunterricht ein Problem, heute ist es bereits ein Problem, jemandem die Hand zu geben, der nicht islamisch ist.

Der Unterricht muss in deutscher Sprache stattfinden. Unterrichtsmaterialien und Bücher müssen deshalb nach hiesigen gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnissen gestaltet werden!

FLÜCHTLINGE UND SEITENEINSTEIGER AN DEN BERUFLICHEN SCHULEN - DIE MANGELWIRTSCHAFT DES MINISTERIUMS GEHT WEITER!

Chris Hahn, Caro Hegner, Uta Knigge

Das Hessische Kultusministerium hat die Schulen im Bereich der Sekundarstufe I angewiesen, möglichst viele Schülerinnen und Schüler aus den DIKlas (Deutschintensivklassen) an die weiterführenden Schulen zu überweisen. So will man wenigstens für die Sekundarstufe-I „Entlastung“ schaffen. Es wird ganz einfach die Mangelwirtschaft des HKM jetzt an den Beruflichen Schulen fortgesetzt. Dort sollen jetzt Flüchtlinge und Seiteneinsteiger, die oft über keine oder nur ganz geringe Deutschkenntnisse verfügen und die z. T. nur minimale Schulerfahrungen aus ihren Heimatländern mitbringen, in Regelklassen (BzB, also „Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung“) ohne weitere Förderung beschult werden.

Da auch an den Beruflichen Schulen ein chronischer Lehrermangel herrscht, werden diese Klassen mit bis zu 27 (Sollzahl: 16!!) Schülerinnen und Schülern vollgestopft.

Wir fragen uns: „Was soll den Kolleginnen und Kollegen an den Beruflichen Schulen noch zugemutet werden?“

Aktuell müssen diese Schulen schon folgende zusätzliche Klassen stemmen:

InteA-Klassen	*Berufliche Schulen*
8	*BS Rheingau*
7	*BS Untertaunus*
3	*Friedrich-Ebert-Schule*
9	*Kerschensteinerschule Wiesbaden*
3	*Louise-Schröder-Schule*
3	*Schultze-Delitzsch*

Diese Klassen sind mit bis zu 20 Schülerinnen und Schülern – auch wenn es so vorgegeben ist - überfüllt.

Zur Freude der Kolleginnen und Kollegen weist das HKM die Schulen jetzt auch noch an, Alphabetisierungsklassen zu bilden (Anzahl: unbekannt!).

All diese Zusatzklassen müssten eigentlich von dafür ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen unterrichtet werden. Doch der Markt ist leergefegt. Räume und Ressourcen sind erschöpft. Der Unterricht findet schon im Schichtbetrieb statt. Feste Lehrereinstellungen sind bloßes Blendwerk des HKM. Mit prekären Beschäftigungsverhältnissen werden wie auch anderen Ortes die Lücken gestopft. Wir brauchen keine Hochglanzbroschüren des Herrn Lorz in unseren Fächern. Wir brauchen mehr Ressourcen für die Schulen. Schüler werden von gut ausgebildeten und fest eingestellten Lehrkräften beschult und nicht von nebulösen Versprechen.

Die GEW hat diese Entwicklung schon lange kommen sehen, sie hat das HKM gewarnt, passiert ist nichts!

In der nächsten WLZ werden wir die Situation der DiKlas näher beleuchten.

DIE KONFERENZ- UND DIENSTORDNUNG ...

Christina Gerhardt, Dr. Manon Tuckfeld, Michael Zeitz (Rechtsberater der GEW-Wiesbaden-Rheingau)

Wer kennt die Auseinandersetzung um die Selbstdarstellungsnotwendigkeit der Schule nicht? Im Ringen um den Tag der offenen Tür sind immer drei Aspekte zentral: Die Schule braucht Schülernachwuchs, ich habe als Lehrkraft ein Recht auf freie Zeit und es gibt die Dienstordnung.
a) Zur Frage der **Dienstordnung** (*Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom 04. November 2011)*: Diese regelt zwar, dass die Lehrkräfte an Veranstaltungen der Schule teilzunehmen haben. Dies jedoch nur, wenn diese Veranstaltungen in der Dienstordnung selbst aufgeführt sind oder aber die Veranstaltungen auf der Grundlage von Beschlüssen der zuständigen Konferenzen ausgerichtet werden. Aber: Ein „Tag der offenen Tür“ ist in der Dienstordnung selbst nicht geregelt. Dieser gehört somit nicht zu den Dienstpflichten gemäß Dienstordnung. Für eine Teilnahmeverpflichtung bedarf es daher eines Konferenzbeschlusses der jeweiligen Schule.
b) **Die Gesamtkonferenz** (vgl. § 133 Hessisches Schulgesetz) beschließt über die pädagogische und fachliche Gestaltung der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule. Sie entscheidet im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften **insbesondere** (also nicht nur) über Grundsätze

… UND DER „TAG DER OFFENEN TÜR“

für die Unterrichtsverteilung und für die Stunden-, Aufsichts- und Vertretungspläne sowie für die Übertragung besonderer dienstlicher Aufgaben. Das heißt: Wenn die Gesamtkonferenz ordnungsgemäß beschließt, dass in der Schule ein „Tag der offenen Tür“ veranstaltet wird und diese Veranstaltung hinsichtlich Lage und zeitlicher Länge präzisiert, so ist die einzelnen Lehrkraft zur Teilnahme verpflichtet. Wenn dieser Beschluss in der Gesamtkonferenz allerdings nicht gefasst wird, so kann ein Schulleiter die verpflichtende Abhaltung des Tages der offenen Tür nicht einseitig anordnen (keine Festlegung in der Dienstordnung). Hier nun verlässt die Frage die rechtliche Erörterung. Jede Schulgemeinde muss hier eine gemeinsame Lösung finden. Kompensationen seitens des Schulamtes für die faktische Mehrarbeit können nicht eingefordert werden. Die Kunst liegt also in der klugen Beschlussfassung der Gesamtkonferenz.

Aus den anfangs genannten drei Aspekten sind also zwei geworden. Es muss ein vernünftiger Ausgleich zwischen dem Recht der Lehrkräfte auf Freizeit und dem Wunsch nach werbewirksamer Außendarstellung der Schule gefunden werden. Einseitige Anordnungen sind dafür nicht nur nicht hilfreich, sondern auch unrechtmäßig.

SCHÖN, SIE BEI UNS ZU HABEN, GRACIELA BIERNAT

Manon Tuckfeld

Geboren und aufgewachsen in Buenos Aires, hat sie 1973 den Abschluss in Philosophie gemacht und ist sozial engagiert, von Anfang an.

Bereits seit 1971 war Graciela aktiv in der Alphabetisierungskampagne für Erwachsene in sozial benachteiligten Stadtvierteln von Buenos Aires. 1976 erhielt sie eine Anstellung als Gymnasiallehrerin. Sie unterrichtete Logik, Philosophie, Erd- und Sozialkunde sowie Psychologie. Nach 1982 führte sie ihr Weg in die Juristische und Sprachwissenschaftliche Fakultät der Universität, wo sie zu den Gründungsmitgliedern der Personalvertretung der Lehrer der Sekundarstufen und auf den Universitätsebenen gehörte. 1985 verließ sie Argentinien und ging nach Nicaragua. Dort arbeitete sie im Wirtschaftsministerium der Sandinisten und übersetzte internationale Korrespondenz und internationale Medien für das Presseministerium. Es war die Zeit der Revolution, die Zeit, als die FSLN-Regierung 1979 die Schulpflicht für Kinder im Alter zwischen 6 und 13 Jahren einführte und durch gebührenfreie Schulen umsetzte. Durch die 1980 und 1981 folgende landesweite Alphabetisierungskampagne wurde der Anteil von Analphabeten in der Bevölkerung von 50 Prozent (1979) auf 12 Prozent gesenkt. Die Liebe führte sie in die Bundesrepublik, die sich zwar ihrem Wissen und ihrer Geschichte aufgeschlossen zuwandte, aber keinen festen Job zu bieten hatte. In der VHS arbeitete und arbeitet Graciela arbeitnehmerähnlich und bringt vielen Menschen die spanische Sprache und Kultur nahe. Von einer Festanstellung und Absicherung im Alter konnte sie als Freiberuflerin aber nur träumen. So ist der Blick in die Zukunft eher prekär. Aber Graciela wäre nicht Graciela, wenn sie nicht weiter für die Rechte, diesmal der freiberuflich Beschäftigten an den Volkshochschulen und der schlecht bezahlten Integrationslehrer, streiten würde. Wir freuen uns, so engagierte Menschen in unseren Reihen zu haben.

Uns interessieren Menschen,
diejenigen Menschen, die sich aufmachen, Teil einer Gewerkschaft zu sein, um solidarisch ihre Rechte zu erkämpfen und bildungspolitischen Positionen Ausdruck zu verleihen. Schreiben Sie uns Ihre Geschichte auf, Ihre Beweggründe, Ihr Engagement. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung und stellen auch Sie vor. Kontakt: info@gew-wiesbaden.de

EBS: NEOLIBERAL VERSCHERBELT – VOM SCHEITERN EINER IDEOLOGIE

Joachim Barth

Die neoliberale Rheingauer Kaderschmiede European Business School (EBS) ist wieder einmal „notgelandet“. Sie wurde für etwa 3,6 Millionen Euro an die SRH-Stiftung in Heidelberg verkauft. Der Verkauf bewegt die Gemüter in Wiesbaden. Immerhin hatte es der ehemalige EBS-Präsident Christopher Jahns geschafft, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob Harvard, Yale, Princeton und die private Bezahlschule EBS auf Augenhöhe agierten.

Das Land Hessen und die Stadt Wiesbaden investierten zig Millionen in diese private und eng aufgestellte Mini-Universität. Ohne diese Steuermittel des Landes Hessen, die sich in einem mittleren zweitstelligen Millionenbereich bewegen dürften, und den ca. 5,4 Millionen an Schuldenerlass durch die D. HOPP-Stiftung und durch regionale Kreditinstitute (darunter die Rheingauer Volksbank) wäre die selbsternannte Elite-EBS noch vor Kurzem insolvent gewesen. Aber dennoch lautet das neoliberale Credo unbeirrt: Privat handelt risikostark und kreativ, der Staat ist bürokratisch, kann keine Wirtschaft und behindert nur das schöpferische Unternehmertum.

Von Anbeginn hat die GEW-Wiesbaden-Rheingau die EBS-Entwicklung kritisch begleitet, ganz besonders im Hinblick auf die opulente Alimentierung mit Steuermitteln. Den Gipfel an sozio-ökonomischer Seriosität hatte die EBS dabei mit der Rückzahlung von rund einer Million Euro wegen der Zweckentfremdung von Steuermitteln erklommen.

Heute kann festgestellt werden: Die EBS ist in ihrer Paradedisziplin BWL grandios gescheitert und wurde zu einem Schnäppchenpreis an die SRH-Stiftung verscherbelt (18 Millionen will diese Stiftung investieren, wobei angeblich 20% den Kaufpreis ausmachten).

Diese bildungspolitische Fehlinvestition von Stadt und Land treibt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die Tränen in die Augen. Erinnert sei hier nur an den Sanierungsstau an Wiesbadener Schulen von etwa 400 Millionen Euro.

Daher stellt der GEW Kreisverband Wiesbaden-Rheingau an die Hessische Landesregierung und die Stadt Wiesbaden folgende Fragen:

1. Gibt es bei diesem „Deal“ möglicherweise vertrauliche (z. B. finanzielle) Zusagen der Hessischen Landesregierung bzw. der Stadt Wiesbaden an die EBS bzw. an die SRH- Stiftung?

   Wir erwarten die Offenlegung von vertraglichen Inhalten, die ggf. mit finanziellen Konsequenzen für die BürgerInnen des Landes Hessen und der Stadt Wiesbaden verbunden sind.

2. Wird die SRH-Stiftung in den Kooperations- und Zuschussvertrag der Stadt Wiesbaden mit der EBS eintreten?

   In diesem Zusammenhang fordern wir die Stadt Wiesbaden auf, diese (und ggf. weitere) Verträge mit der EBS u. a. dahingehend zu überprüfen, inwieweit vertragliche EBS-Verstöße die Rückzahlung bereits bewilligter Zuschüsse ermöglichen.

3. Die Presse berichtet, dass der SRH-Vorstandsvorsitzende Hettich klarstellt, dass die SRH keinen Defizitausgleich vornehmen werde. Was bedeutet das eventuell und im Einzelnen für das Land Hessen und die Stadt Wiesbaden?

4. Der EBS-Stiftungsvorstand war jahrelang besetzt mit hochkarätigen Mitgliedern, wie z. B. Oberbürgermeister Dr. Müller (CDU), Florian Rentsch (FDP) und Dr. Jürgen Fitschen (Vorstand Deutsche Bank AG). Haben diese hochqualifizierten Mitglieder des Stiftungsvorstands vom EBS-Titanic-Kurs überhaupt nichts mitbekommen?

5. Wir fordern die Hessische Landesregierung und die Stadt Wiesbaden auf, eine detaillierte Aufstellung der bisherigen Gesamtzuflüsse an die EBS zu veröffentlichen.

Hätten die alte und die neue Hessische Landesregierung den Bericht des Hessischen Rechnungshofs vom 07. Dez. 2012 ernst genommen und den EBS-Untersuchungsausschuss mit dem ernsthaften Ziel der Erkenntnisgewinnung zu Ende gebracht, dann wäre weiterer Schaden für Land und Stadt vermieden worden.

NACHRUF AUF DR. HARTMANN WUNDERER

Franziska Conrad/Wolfgang Geiger

Unser Kollege Dr. Hartmann Wunderer starb ein paar Tage vor seiner Pensionierung am 21. Juli 2016 an einem Herzinfarkt.

DU FEHLST!

Hartmann Wunderer war ein engagierter Vorkämpfer für eine Geschichtswissenschaft und Geschichtsdidaktik, die die Mündigkeit und politische Partizipation zum Ziel hatte. In zahllosen Publikationen, als Mitglied in der hessischen Jury für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, als Begründer der Geschichtswerkstatt Wiesbaden und als unermüdlicher Lehrer hat er sich für die historisch-politische Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen eingesetzt. Wer die lange Liste seiner Veröffentlichungen studiert, kann erahnen, dass Hartmann Wunderer von der Überzeugung getrieben war, durch Aufklärung über die Vergangenheit die Gegenwart besser zu verstehen, um die Zukunft besser und humaner gestalten zu können.

Hartmann wurde 1950 in Franken geboren, studierte ab 1969 Germanistik, Geschichte und Sozialkunde an der Universität Würzburg und promovierte 1978 an der Gesamthochschule Kassel mit einer Untersuchung über Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung zum Dr. phil. Das Fach Evangelische Religion studierte er nach und ging 1984 in den hessischen Schuldienst. Er war zuletzt Oberstudienrat und unterrichtete u. a. in Wiesbaden an der Elly-Heuss-Schule, an der Wilhelm-Leuschner-Schule und am Gymnasium am Mosbacher Berg.

Seine Forschungsschwerpunkte waren Geschlechtergeschichte, Historische Demographie und moderne Sozialgeschichte, außerdem betätigte er sich wissenschaftsjournalistisch, verfasste zahlreiche Buch- und Zeitschriftenbeiträge und war Mitautor zahlreicher Unterrichtswerke sowie fachdidaktischer Werke. Intensiv beschäftigte er sich seit seiner Dissertation mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Arbeiterkultur und der Geschichte der KPD, aber auch mit der Zeit des Nationalsozialismus. Er war einer der besten Kenner der Bestände des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden über den Nationalsozialismus und Nachkriegsdeutschland.

Hartmann war auch ein kritischer streitbarer Geist. Die Schwerpunkte der Entwicklung der Fachdidaktik, die er für sinnvoll hielt im Hinblick auf die Emanzipation von Jugendlichen, unterstützte er durch zahlreiche Veröffentlichungen. Als in den 90er Jahren Geschlechtergeschichte zum Gegenstand des Geschichtsunterrichts wurde, trug er durch seine hervorragende Quellenkenntnis dazu bei, dass die Lehrkräfte Materialien für diese neue Thematik erhielten. Lokalgeschichtliche Spurensuche schien ihm eine geeignete Methode, allgemeingeschichtliche Zusammenhänge an Prozessen vor Ort zu veranschaulichen und entdeckendes Lernen bei seinen Schülerinnen und Schülern zu fördern. Da er Mitbegründer der Geschichtswerkstatt Wiesbaden war, kannte er sich bestens aus. Als Herausgeber fungierte er - zusammen mit Gerhard Honekamp und Wolfgang Jung - bei dem Band über den Wiesbadner " Alltag zwischen Mächtigen und Müßiggängern". und schrieb Beiträge zu dem Buch „Wiesbaden. Hinterhof und Kurkonzert. Eine illustrierte Alltagsgeschichte von 1800 bis heute". Seine Fortbildungen beim HILF mündeten in Quellensammlungen zur Wiesbadener Stadtgeschichte. , die in allen Wiesbadner Schulen Grundlage für einen anschaulichen und motivierenden Geschichtsunterricht wurden. Dass er selbst dem Prinzip des forschend- entdeckenden Lernens auch als Lehrer verpflichtet war, belegen seine Projektvorschläge auf seiner Homepage.

Seine Interessen kannten keine Grenzen, so wechselte er vom Mikro- zum Makrokosmos, von der lokalgeschichtlichen Forschung zu interkulturellen und globalhistorischen Fragestellungen hin und her. Nachdrücklich hat er in didaktischen Publikationen (z.B. für Geschichte lernen) zu einer Horizonterweiterung beigetragen und jüngst, leider letztmalig, noch in einem zusammen mit Dr. Wolfgang Geiger

verfassten Beitrag in der Zeitschrift des Geschichtslehrerverbandes zu einer solchen aufgerufen. In den letzten Jahren nahm er sich ferner besonders der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik an und erkannte die Bedeutung dieser Konstruktionen von Deutungszusammenhängen für den Geschichts- und Politikunterricht. Daher sah er auch in der Aufnahme dieser Thematik im neuen Kerncurriculum Geschichte für die Sek. II in Hessen eine Chance, die aufklärerische Funktion von Geschichtsunterricht zu betonen.

So engagiert Hartmann für neue Themen, entdeckend – forschendes Lernen und wissenschaftspropädeutischen Unterricht eintrat, so abhold waren ihm Phrasendrescherei, pädagogische Hochwertwörter und Moden. So äußert er sich auf seiner Homepage kritisch gegenüber der Kompetenzorientierung: „Die gegenwärtigen fachdidaktischen Tendenzen (Vermittlung von „Kompetenzen“) sehe ich eher kritisch, wenn die Inhalte und die anderen Erkenntnismöglichkeiten des Faches darunter leiden.“. Der Nachruf seiner letzten Schule, des Gymnasiums am Mosbacher Berg, unterstützt den Eindruck, dass Hartmann widerständig wurde, wenn er den Sinn pädagogischer „Innovationen“ nicht einsah: „Hartmann Wunderer war ein Multitalent. Er unterrichtete Geschichte, Politik und Wirtschaft, Deutsch und evangelische Religion. Mehrere Schülergenerationen hat er am Gymnasium am Mosbacher Berg seit 2008 begleitet und sicher zum Abitur geführt. Dabei lagen ihm gerade diejenigen besonders am Herzen, denen die Schule nicht so leicht fiel. Gerne gab er sein profundes Wissen nicht nur an Schülerinnen und Schüler, sondern auch an junge Kolleginnen und Kollegen weiter. An einem fachlichen Gespräch war er stets interessiert. Von Nebensächlichkeiten und Formalia ließ er sich nicht gängeln.“ Öfters habe ich von Freitag bis Sonntag telefonisch über Beiträge für geschichtsdidaktische Zeitschriften diskutiert und gestritten und dabei bereichert festgestellt, dass hartes Ringen um die Sache die Qualität steigert. Und zudem waren die Gespräche mit ihm sehr amüsant, weil er hintergründigen Humor besaß.

Hartmanns Tod ist ein großer Verlust- für seine Familie, für seine Freunde, Freundinnen und Kollegen, für die Historikerzunft, für die Fachdidaktiker/innen Geschichte, für die Wiesbadener Stadtgeschichtler/innen und für die GEW, deren Anliegen ein emanzipatorisches Geschichtsbild ist, welches die Kämpfe der wenig Privilegierten, deren Niederlagen und Erfolge in den Vordergrund stellt. Aber Hartmann hat Samen gesät, deren Früchte viele Kollegen, Kolleginnen, Schülerinnen und Schüler sowie seinen Mitstreiter für einen guten Geschichtsunterricht ernten werden.

Bildung. Weiter denken!

GEW

MEHR GELD FÜR BILDUNG!

Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat die GEW die Initiative "Bildung. Weiter denken!" für eine bessere Bildungsfinanzierung vorgestellt. Sie fordert unter anderem eine **Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer.**

Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ hat die GEW konkrete Forderungen und Vorschläge für einen Kurswechsel in der Bildungsfinanzierung formuliert. Die laufende Legislaturperiode sei bisher ein „bildungspolitischer Stillstand“ gewesen, kritisierte die Bundesvorsitzende Marlis Tepe. Die GEW will nun mit bundesweiten Aktionen und Veranstaltungen in den kommenden Monaten den Druck auf die Parteien erhöhen. Teile des 15-Punkte-Programms sind:

- die Integration von Geflüchteten
- der Ausbau von Inklusion sowie Ganztagsangeboten
- ein Sanierungs- und Neubauprogramm.
- ein Kita-Qualitätsgesetz
- ein Programm zur Aufstockung des Personals an allen Bildungseinrichtungen

→ ***https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/mehr-geld-fuer-bildung-1/***

HESSEN – WIRKLICH DAS LETZTE

Ulrich Wolff

Hessen vorn, so lautete einmal der Slogan der SPD. Heute ist Hessen vor allem vorn, wenn es darum geht, gnadenlos an seinen Beschäftigten zu sparen.

Erst kürzlich wurde bekannt: Kollegen begleiten ihre Schülerinnen und Schüler bei einer Studienfahrt. Als „weibliche Begleitperson“ fährt eine Referendarin (im Jargon des Ministeriums eine „Lehrkraft im Vorbereitungsdienst“, kurz LiV) mit. Nach Rückkehr von der Fahrt stellen die Kollegen Erstattungsanträge, und zwar in dem entzückenden Nzük-Portal des Landes Hessen. So nennt sich eine weitere Spar- und Rationalisierungsmaßnahme des Landes, denn kein Mensch hat Lust, sich mit dem Portal und seinen Tücken stundenlang herumzuschlagen.

Die Kollegen bekommen eine (kleine) Erstattung, nicht aber die Referendarin. Sie bekommt nicht einmal Zugangsdaten zum Nzük. Vielmehr teilt das zuständige Studienseminar mit: Die LiV habe an der Studienfahrt außerhalb ihrer Ausbildung teilgenommen. Die „Reise“ ist so eine Art Privatvergnügen gewesen. Und dafür gibt es vom Land Hessen kein Geld. - Hessen vorn? Hessen ist wirklich das Letzte.